

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1857

16.1.1857 (No. 13)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 16. Januar.

N. 13.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgebühr: die gehaltene Preitzelle oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1857.

Dienstmacht.

Karlsruhe, 15. Januar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 7. d. M. geruht:
dem Professor Weiginger am Lyceum in Freiburg den Charakter als Hofrath zu verleihen.

Die neueste österreichische Depesche in der Neuenburger Angelegenheit.

Vom Main, 11. Jan. Durch die Mission des Obersten v. Manteuffel nach Wien und an den österreichischen Hof in Italien ist der Depeschewechsel zwischen Wien und Berlin nicht unterbrochen worden. Der Reihe der neuerdings bekannt gewordenen Aktenstücke schließt sich der folgende Erlaß an den Grafen Trautmannsdorff in Berlin, d. d. Wien, 6. Januar 1857, an:

Von zwei mir durch den Grafen Arnim mitgetheilten und in Abschrift anliegenden Depeschen ist die eine die Antwort auf unsere Mittheilung vom 19. Dez. v. J. Die andere macht unter Bezugnahme auf das Zirkular vom 8. Dez. uns mit dem Beschlusse Sr. Maj. des Königs bekannt, den Mobilisationsbefehl für die preussische Armee bis nächsten 15. Januar auszusprechen. So kurz dieser Aufschub ist, halte ich mich doch überzeugt, daß der Kaiser, unser erlauchter Herr, mit großer Befriedigung die Beweggründe vernehmen wird, welche seinen erlauchten Verbänden bestimmt haben, die Ausführung der gegen die Schweiz zu ergreifenden militärischen Maßregeln ungeachtet des vorgeschrittenen Stadiums noch aufzuschieben, in welchem sich die zu solchem Zwecke anbefohlenen Vorbereitungen bereits befinden. Er. Majestät wird darin einen neuen Beweis von der fortwährenden friedlichen Disposition des Königs erblicken und die Absicht dieses Souveräns zu würdigen wissen, den befreundeten Mächten die Möglichkeit darzubieten, ihre diplomatische Einwirkung auf die Schweiz zu verstärken und zu konzentriren, und dadurch einen bewaffneten Konflikt mitten im Herzen von Europa zu verhindern.

Der kaiserliche Hof hat sofort nach Eingang der preussischen Mittheilung vom 8. Dez. die Ueberzeugung gegen die Mitunterzeichner des Londoner Protokolls ausgesprochen, daß es bringend sei, zu einer Konferenz zusammen zu treten. Denn in unseren Augen haben die in den Protokollen 1 und 2 vom 24. Mai 1852 von den Mächten einerseits und von Preußen andererseits kontrahirten Verpflichtungen an ihrer Geltung nichts eingebüßt. Wenn von dem Berliner Kabinett hervorgehoben wird, die so lange Zeit eingehaltene Unthätigkeit der Mächte habe die Schweiz in der irrigen Ansicht bekräftigen müssen, daß sie ungekräftigt in offener Mißachtung einer feierlichen Erklärung der europäischen Mächte verharren könne, so wollen wir das Dreffende dieser Bemerkung nicht bestreiten. Allein wir halten dafür, es werde das königl. Kabinett seinerseits auch den wichtigen Umstand in Erwägung ziehen, daß Preußen niemals an die Mitunterzeichner des Londoner Protokolls eine förmliche Einladung gerichtet hat, ihrer Erklärung Folge zu geben, und deren Verbindlichkeit allein nach unserer Meinung ihm wieder volle Freiheit zu handeln gewähren konnte.

Unter diesen Umständen hat die Mittheilung des königlichen Hofes, zu einem so nahen Termine die Waffen in Anwendung bringen zu wollen, für uns ein neuer und starker Beweggrund sein müssen, auf dem Zusammentritt der Konferenz zu bestehen, um einmal die Mächte dem Vorwurfe nicht auszuliefern, daß sie einer von ihnen einmüthig übernommenen Aufgabe sich nicht unterzogen hätten, und zum Andern Preußen dem nicht, daß es zu früh angenommen habe, die Mittel zur Ausgleichung seien von Seiten Europa's erschöpft. Es ist unser lebhafter Wunsch, daß die gerechte Bedingung, von welcher Sr. Preuss. Majestät jede Uebnahme Preußens an Unterhandlungen über das künftige Loos von Neuenburg abhängig gemacht haben, ohne Verzug erfüllt werde, sei es in Folge eines gemeinsamen Schrittes der zur Konferenz vereinigten Mächte, oder noch vorher durch die bringende Intervention der einen oder der andern von diesen Mächten. Allein wir vertrauen ebenfalls für den Fall, daß dieses Ziel bei Ablauf des von Preußen gefestigten Termins noch nicht erreicht wäre, ohne daß deshalb aller Hoffnung auf Erfolg der friedlichen Bestrebungen der Mächte entfällt werden müßte, daß Sr. Maj. der König die weitere Verschiebung eines Beschlusses nicht versagen werde, dessen Wichtigkeit in den Augen der befreundeten Mächte nur sich steigern konnte, seit Preußen selbst ihnen erklärte, daß, wenn seine Armee einmal in Bewegung sei, dieselbe für einen andern Zweck, als die Entlassung der Gefangenen, zu kämpfen haben werde. Belieben Sie, Hr. Graf, von diesem Erlaß dem Hrn. Hrn. v. Manteuffel Mittheilung zu machen und empfangen u. c. u. o. l.

* Die neueste Botschaft des schweizerischen Bundesrathes an die Bundesversammlung in der Neuenburger Angelegenheit.

Der schweizerische Bundesrath hat an die Bundesversammlung zur Motivirung seiner gestern schon mitgetheilten Anträge eine vom 12. d. datirte lange Botschaft gerichtet, aus der wir die Hauptpunkte auszüglich hier folgen lassen.

Das Aktenstück nimmt den Faden da auf, wo die Botschaft vom 26. Dez. ihn fallen gelassen hatte. Es berichtet, daß die Reihe des schweizerischen Gesandten zu Paris, Hrn. Barman, nach Bern auf Anregung des Kaisers Napoleon zur Einholung neuer Vorschläge von Seiten des Bundesrathes geschickten sei. Einen ähnlichen Wunsch habe

auch der englische Gesandte zu Paris, Lord Cowley, geäußert. Hr. Barman erhielt nun eine Instruktion, die von folgendem Gesichtspunkt ausging:

Der Bundesrath sei seinerseits bereit, volle Amnestie und Freilassung der Gefangenen selbst vor dem Urtheil vorzuschlagen; jedoch müßte er in Bezug auf die Unabhängigkeit Neuenburgs bestimmte Zusicherungen gewärtigen, als in der Note des französischen Kabinetes vom 26. Nov. enthalten gewesen seien. Das Wünschenswerthe schiene, wenn schon jetzt versichert werden könnte, der König von Preußen sei bereit, nach geschäpener Amnestie und Freilassung der Gefangenen auf Neuenburg zu verzichten oder wenigstens auf Grundlage der Anerkennung der Unabhängigkeit Neuenburgs zu Unterhandlungen Hand zu bieten, und daß für das Zustandekommen einer Uebereinkunft in diesem Sinne von Seite Frankreichs alle efforts gleich wie in der Note vom 26. Nov. zugesagt würden. Diese letztere Note sollte jedenfalls dahin ergänzt werden, daß die Detailbestimmungen des Arrangements Nichts enthalten werden, was der vollständigen äußeren Unabhängigkeit und den verfassungsmäßigen Grundgesetzen des Kantons Neuenburg und der Schweiz, sowie der freien innern Entwicklung überhaupt zuwider wäre.

Natürlich wurde auch in dieser Instruktion darauf gedrungen, daß die Inanspruchnahme bis zum Zustandekommen einer bestimmten Uebereinkunft die Schweiz oder wenigstens den Kanton Neuenburg zu verlassen hätten. Diese Forderung liegt ebensowohl in dem wohlverstandenen Interesse der Angeklagten selbst, als in demjenigen der öffentlichen Ordnung im Kanton Neuenburg.

Mit dem Amnestie- und Freilassungssprache sollte die Frage der Prozeß- und militärischen Kosten noch offen beibehalten werden. Der Bundesrath erklärte jedoch zum voraus, daß, wenn der König von Preußen seine Geldfrage erhebe, er auch seinerseits die Kostenfrage vollständig fallen lassen werde.

Wäre dieser Punkt nicht erfüllt, so könnte er fallen gelassen werden. Dagegen schien uns die Zusicherung von Wichtigkeit, daß jede weitere militärische Demonstration von Seite Preußens unterbleibe, und daß nach Freilassung der Gefangenen feindselige Maßnahmen Preußens gegen die Schweiz nicht geduldet werden.

Endlich sollte darauf hingewirkt werden, daß auch die englische Regierung zu allen vorstehenden Punkten Hand bieten und dieselben Zusicherungen, wie Frankreich, der Schweiz gegenüber ertheile.

Mit dem Obersten Barman wurde der mit dem Kaiser Napoleon aus früherer Zeit befreundete Ständerath Dr. Kern nach Paris geschickt. Sie wurden dort mit Zuversicht ausgenommen, und übergaben dem französischen Kabinett eine Note des Bundesrathes vom 4. d. Sie spricht sich über die Amnestie und Freilassung der Gefangenen in dem gleichen Sinn aus, wie obige Instruktionen, und macht außerdem darauf aufmerksam, daß es notwendig sei, daß Preußen, damit auch der Verdacht wegfallt, daß die Schweizer Behörden unter dem Einflusse von Drohungen berathen, bis zum erfolgten Entscheide sich jeder militärischen Demonstration enthalte. Noch wichtiger wäre es, wenn die Bundesregierung die Zusicherung ertheile, daß auch nach der Freigebung der Angeklagten Preußen keinerlei der Schweiz feindselige Maßregeln ergreife. Auch wünscht der Bundesrath, daß die Frist zwischen der Freilassung der Gefangenen bis zum endlichen Austrage der Sache möglichst abgekürzt würde, weshalb im Vorhanden auf geeignete Feststellungen zur Abkürzung der Verhandlungen Bedacht genommen werden möge.

Die Erwidrerung des französischen Kabinetes erfolgte schon am 5. Jan. Der Inhalt dieses wichtigen Aktenstückes ist im Wesentlichen folgender:

Die Regierung des Kaisers wünsche sich aufrichtig Glück zu den verständlichen Bestimmungen, welche den Bundesrath beselen; sie erwarte davon einen glücklichen Ausgang der schwebenden Schwierigkeiten, und sie sehe nicht an, aufs neue die Erklärung abzugeben, daß die Regierung des Kaisers die Verbindlichkeit übernehme, ihr Möglichstes zu thun (prend l'engagement, de faire tous ses efforts), um nach der Freilassung der Neuenburger Gefangenen eine den Wünschen der Schweiz entsprechende Ausgleichung herbeizuführen, welche ihr die gänzliche Unabhängigkeit Neuenburgs durch die Verzichtleistung des Königs von Preußen auf die Rechte, welche die Traktate ihm auf dieses Fürstenthum zuerkennen würden. Die Regierung des Kaisers würde auch die Gründe, welche den Bundesrath in die Nothwendigkeit versetzen, momentan die Angeklagten aus der Eidgenossenschaft zu entfernen, und sie zweifelt nicht, daß die allseitige Bemühung zur Beschleunigung der Unterhandlungen die Dauer dieser Maßregel abkürzen werde. Die Regierung sei ferner überzeugt, daß Preußen, welches durch die Verschiebung seiner Waffenregulierung ein Pfand verständlicher Gesinnung gegeben, zu keinen Demonstrationen greifen werde, welche irgend einen Druck auf die Beratungen der Bundesversammlung ausüben könnten, und die französische Regierung habe überdies die Versicherung, daß jene Macht von dem Augenblicke an, wo sie Kenntniß von der Freilassung der Gefangenen erhalten habe, auf jede feindselige Maßregel gegen die Schweiz verzichten werde. Endlich sprach das französische Kabinett seine lebhafteste Befriedigung aus, wenn die Regierung ihrer Brit. Majestät sich anschließende wolle, um den Streit einer glücklichen Lösung entgegenzuführen.

Die Botschaft macht nun den Versuch, nachzuweisen, daß der Standpunkt dieser Note gegen den der französischen Note vom 26. Nov. v. J. ein für die Schweiz bedeutend günstigerer sei. (Weil statt „fera tous ses efforts“ jetzt gesagt werde: „prend l'engagement de faire tous ses efforts“ (!) und wegen anderer Abänderungen und Zusagen von ungefähr gleichem Werth. — D. R.)

Auch die britische Regierung, welche gleichmäßig angegangen wurde, blieb mit ihrer Antwort nicht lange zurück. Lord Cowley ertheilte sie unter dem 7. d. an den Obersten Barman. Die Botschaft sagt darüber:

Wir erleben aus dieser Note, daß das englische Kabinett bei dem am 25. Nov. abgegebenen Erklärungen glaubt stehen bleiben zu sollen. Darin wird nämlich ausgesprochen, daß, wenn die Bundesregierung in voller Würdigung aller Umstände sich entschliesse, die Gefangenen ohne Urtheil frei zu geben, alsdann die Regierung Ihrer Britannischen Majestät gemeinschaftlich mit der französischen Regierung Schritte thun werde, um den König von Preußen zu veranlassen, die Neuenburger Frage gemäß den Wünschen der Schweiz auszutragen, und zwar durch Anerkennung der Unabhängigkeit dieses Kantons. Einwieder aber sei die englische Regierung sowohl sich selbst, als auch der Bundesregierung schuldig, zu erklären, daß sie den Erfolg dieser Schritte nicht zu garantiren vermöge, und daß sie bis dahin keine genügenden Gründe besitze, auf die gestützt sie sich des Erfolges derselben versichert halten dürfe.

Der Bundesrath meint, daß England trotz dieses scheinbar wenig günstigen Tones auf demselben Standpunkt stehe, wie Frankreich; auch dürfe man annehmen, daß es in die Absichten Preußens nicht so eingeweiht sei, wie das Pariser Kabinett.

Unterm 10. Jan. gab auch der russische Gesandte eine Note ab. Darin heißt es,

daß Sr. Maj. der Kaiser, gleichmäßig von dem Wunsche befehle, die den Traktaten, welche das öffentliche europäische Recht anerkennen, schuldige Achtung anrecht zu erhalten und die freundschaftlichen Gesinnungen gegen die schweizerische Nation zu behältigen, mit Eifer und Vertrauen seine guten Dienste bei Sr. Maj. dem König von Preußen geltend machen werde, um in Beziehung auf die obige Frage eine der Wünschen der Schweiz möglichst entsprechende Ausgleichung zu erzielen. Hierzu solle geschritten werden, sobald die souveränen Behörden der Eidgenossenschaft die Niederlegung des gegen die royalistischen Gefangenen angehobenen Prozesses und die Freilassung der Letzteren werde ausgesprochen und vollzogen haben. Wenn die Schweiz hierdurch den Beweis leiste, daß sie dem auf Erhaltung des Friedens gerichteten Wunsche der europäischen Mächte entgegenkommen wolle, so werde sie nach der Ueberzeugung Sr. Maj. ihre Zukunft auf den dauerhaftesten Grundlagen aufbauen.

(Dazu kommt noch, wie der „Bund“ berichtet, eine österreichische Note, welche unter dem 13. d. eingelassen ist.)

Die Botschaft untersucht nun die Frage, ob die Schweiz mit Ehren auf die Vorschläge, die ihr gemacht worden, eingehen könne. Sie meint, vor Allem sei zu fragen, ob man schließlich ans Ziel, worauf es doch zumeist und zupöchst ankomme: die Unabhängigkeit Neuenburgs, gelangen werde. Der Bundesrath hegt diese Ueberzeugung, wenn besagte Vorschläge angenommen werden. Er stützt sich auf obige Noten, auf andere schriftliche und mündliche Mittheilungen, auf Erwägung der Lage der Dinge in Europa, auf den Wunsch aller Mächte, den Frieden zu erhalten, und fährt dann fort:

Wir können nicht umhin, zur Unterstüßung unseres Vorschlages anzuführen, daß wir von verschiedenen Seiten auf die guten Dispositionen hingewiesen worden sind, von welchen der König von Preußen in der Hauptsache, sobald einmal die Frage wegen des Prozesses erledigt wäre, erfüllt sein soll.

So spricht sich u. a. das groß. badische Ministerium in einer Note an seinen Geschäftsträger vom 27. v. M. dahin aus, daß, wenn die Schweiz den Prozeß niederlege und die Gefangenen frei gebe, alsdann der König von Preußen so verhandeln werde, daß die Fortdauer seiner gemäßigten Intentionen unabweislich behältig werde.

In einer inhaltschwereren Unterredung mit dem Gesandten einer befreundeten Macht sprach der König von Preußen den Wunsch aus, daß der mit der Schweiz bestehende Konflikt ein friedliches Ende nehmen möchte, und ermüthigte und ermüthigte er den Gesandten, welcher die Ehre dieser Unterredung hatte, in jener Richtung die bereits angebotenen Schritte fortzusetzen.

Ja, wenn wir gerecht sein wollen, so können wir eine verständliche Stimmung, welche bei Sr. Maj. dem König von Preußen vorzuherrschen scheint, auch in der (bekannten) Zirkulardepesche vom 28. Dezemb. nicht verkennen.

Sodann geht die Botschaft auf die Mission Furrer's über, und erzählt seine Zusammenkunft mit Sr. Hoh. dem Herzog von Koburg in Karlsruhe in der bekanten Weise. Darauf heißt es weiter:

Zur Zeit der Abreise unseres Abgeordneten (Furrer) haben wir es auch für wünschbar erachtet, über die Stellung unserer Nachbarstaaten Bayern, Württemberg, und Baden im Falle des Ausbruchs eines Krieges mit Preußen bestimmtere Kenntniß zu erhalten, und wir haben daher Hrn. Furrer, da er ohnehin schon in Karlsruhe war, unter Zustimmung der erforderlichen Autoritäten beauftragt, die Regierungen dieser drei Staaten um Auskunft über diesen Punkt zu ersuchen und erforderlichen Falls die geeigneten Vorkstellungen zu machen. Wir bielten Dieses auf alle Eventualitäten hin für unsere Pflicht, wenn wir auch annehmen konnten, daß bei der Stellung Preußens im Deutschen Bunde und nach dem Beitritt des Letzteren zum Londoner Protokoll die Haltung der süddeutschen Staaten kaum zweifelhaft sein könne. Es sind denn auch in der That die erhaltenen Aufschlüsse so ausgefallen, daß an einer wenigstens konfidentell ertheilten Zusage, preussischen Truppen nöthigenfalls den Durchmarsch zu gestatten, nicht gezweifelt werden kann. Freilich wurde dabei in freundschaftlicher Weise der guten Verhältnisse mit der Schweiz erwähnt, und unendlich bedauert, wenn es zu diesen Maßregeln kommen sollte, sowie auch zugesichert, daß man keinen Theil an dem Streite nehmen, vielleicht gern dazu beitragen werde, denselben zu

schließen. Wenn man auch Seitens dieser Regierungen eine bundesrechtliche Zwangspflicht, Truppenübermärsche zu gestatten, nicht vorschlägt, so wird dagegen die Ansicht aufgestellt, daß man Preußen, als ein Mitglied des Bundes, nicht verhindern könne, einen Zweck zu verfolgen, welchen der Deutsche Bund durch seinen Beitritt zum Londoner Protokoll ausdrücklich gutgeheißen habe; auch scheint man die Verweigerung der Truppenaufnahme als eine indirekte Verteidigung der Schweiz gegen ein Bundesmitglied zu betrachten. Daß gegenüber diesen Ansichten und den schon erteilten Zusagen die hierorts erhobenen Vorstellungen für sich allein erheblichen Einfluß äußern werden, ist daher kaum zu erwarten. Im Uebrigen liegt es in der Natur der Sache, daß bei diesem Anlasse auch die neuenburgerische Streitfrage zur Sprache kam, und zwar zum Theil sehr einläßlich, und daß unser Abgeordneter denselben benützte, um die bisherige Politik der Schweiz zu verteidigen.

Den Schluß des Aktensstückes bilden Mittheilungen über die bekannte Einberufung neuer Truppentheile, Lob des Geistes der schweizerischen Bevölkerung, und Anerkennung der thätigsten Sympathien der Schweizer im Auslande. „Kommt auf den vorgeschlagenen Grundlagen eine Ausgleichung zu Stande — heißt es in der Schlussstelle —, so können die im Felde stehenden Truppen successiv wieder beurlaubt werden, zumal wenn die Gefahr eines Angriffes von außen gänzlich verschwunden ist.“

** Neuenburger Angelegenheit.

Endlich erhält man auch von Bern authentische Auskunft über den Stand der Dinge, und zwar durch die Botschaft, die der Bundesrath an die Bundesversammlung bei deren Wiederzusammentritt gerichtet hat. (S. oben.) Der Kern derselben liegt offenbar in den Noten Frankreichs, Englands, und Rußlands, die darin erwähnt werden. Man ersieht daraus, daß diese Mächte im Wesentlichen ganz bei der Ansicht verharren, die sie schon im Anfange der Krisis ausgesprochen haben. Wenn der Bundesrath für gut findet, denselben eine möglichst rosenfarbene Deutung zu geben, so erkennt man an schwer, daß damit die Niederlage verdeckt, und die Fille, die nun einmal genommen werden muß, vergoldet werden soll. Erstaunen aber muß man über die Dreistigkeit, mit der vor wenigen Tagen alle diese subjektive Meinungen, Deutungen, und Wünsche in offiziöser Form als positive Thatsachen, als Garantien, die von Frankreich und England erlangt worden wären, in die Welt hinaus telegraphirt und geschrieben worden sind. Das ist eine Täuschung der öffentlichen Meinung, wie sie noch selten vorgekommen sein mag, und von der man kaum hätte glauben sollen, daß sie gegenüber den Kabinetten von Paris und London gewagt werden würde.

Daß eine solche Sachlage nicht nach dem Geschmack der Schweiz ist, ist für sich klar. Daher auch die nahezu durch alle, besonders aber durch die radikalen Kantone gehende Unzufriedenheit, die denn auch sofort in der Bundesversammlung laut geworden ist. Nichtsdestoweniger ist man in der Schweiz zu klug, um nicht einzusehen, daß die Wahl zwischen zwei Uebeln: Amnestirung und Freilassung der Gefangenen, oder Krieg ohne Bundesgenossen, jetzt nur noch unabweisbarer geworden ist. Und so wird, wenn auch mit Opposition, Lärm, und Groll, voraussichtlich das kleinere gewählt werden.

Berlin, 13. Jan. Die ministerielle „Zeit“ spricht heute ihre Ansicht dahin aus, daß von den Anträgen, welche der Bundesrath in seiner Botschaft an die am 14. zusammentretende Bundesversammlung stellen werde, und von der Einsicht und Besonnenheit dieser letztern Krieg oder Frieden abhängt. Das offiziöse Organ fährt dann fort:

Preußen hat Alles gethan, was die Lösung der schwebenden Frage erleichtern und über die Berlegenheiten des Augenblicks hinweghelfen kann. Wenn die Gefangenen bedingungslos freigegeben werden, hat es sich nicht nur bereit erklärt, über die Neuenburger Angelegenheit in Verhandlungen mit den Unterzeichnern des Londoner Vertrags zu treten, sondern auch bis zum Austrage denjenigen Neuenburgern ein Asyl d. h. die Schweiz zu gewähren, die den schweizerischen Boden verlassen wollen oder in Betreff deren die Schweiz eine Gefahr für ihre innere Ruhe befürchtet. Wir glauben, daß die Abgeordneten der Schweiz aus Paris mit der Ueberzeugung zurückgekehrt sein werden, daß ohne Bewilligung dieser Forderung die Entscheidung des oberschwebenden Konflikts durch die Waffen nicht zu vermeiden sei. Dem Bundesrath wird es ferner nicht an Mitteln gefehlt haben, sich davon zu unterrichten, daß Frankreich und Rußland ebensowohl die Rechtmäßigkeit der Forderungen, als der von Sr. Maj. dem König in Aussicht gestellten Mittel unbedingt anerkennen, und daß die Schweiz der Friedensliebe und den eifrigen Bemühungen Oesterreichs nicht dankbarer sich beweisen könne, als durch Annahme der von Preußen gestellten Bedingung.

Die „Preuß. Corresp.“ enthält heute folgende Notiz: „Die ruhmrednerischen Artikel der jüngsten Nummern der in Bern erscheinenden Zeitung „Der Bund“, bekanntlich eines Organs der dortigen radikalen Partei, verdrehen und entstellen vielfach die Thatsachen. Mit einer Widerlegung solcher Artikel können wir uns selbstverständlich nicht befassen. Es wird genügen, sie im Allgemeinen als völlig unrichtig zu bezeichnen.“

Die „N. Preuß. Ztg.“ bezeichnet auch heute wieder die Haltung der preussischen Regierung in der Neuenburger Frage als eine feste. Sie sagt u. A.:

Es ist durchaus unwahr (Das behaupten wir dreist, denn es ist unmöglich), daß der König von Preußen irgendwie von der Linie abgewichen ist, welche die Regierung im Auftrage des Königs gezogen hatte. Sie hatte die Freilassung der Gefangenen gefordert, damit hierdurch anerkannt werde, daß der König der Souverän ist des Fürstenthums Neuenburg, und also Niemand das Recht hat, über seine Unterthanen Gericht zu halten. Sie ist dabei ihrerseits keine Bedingung eingegangen, hat keine Zusatz gemacht, als die von Anfang an schon gegebene, daß nach Freilassung der Gefangenen die Angelegenheit nicht durch die Waffen, sondern auf diplomatischem Wege geregelt werden solle. In welcher Weise der König nach Erfüllung seiner Vorbedingung die Frage lösen will, wissen wir nicht; seine Mäßigung wird darüber zu bestimmen haben und sein souveräner Entschluß. Aber Das müssen wir fest behaupten: bis heute

hat das preussische Gouvernement keinerlei andere Verpflichtung übernommen. Es versteht sich von selbst, daß auch keine Großmacht verlangen von Preußen verlangt hat; denn sie wissen recht gut, daß sie dadurch sich selbst aufgeben würden. Also: wie der König auf der Konferenz die Frage zu lösen gedenkt, das ist lediglich seine Sache, und die Schweizer wissen es so wenig, als es uns bekannt ist. Aber Das wissen wir: wenn die Schweiz heute die Gefangenen in Freiheit setzt, so hat sie Das der preussischen Regierung gegenüber bedingungslos gethan.

Berlin, 13. Jan. (Fr. Z.) Unter den seit kurzem in die Öffentlichkeit gelangten Dokumenten der zwischen Preußen und Oesterreich über die Neuenburger Frage geführten Verhandlungen fehlen noch die von beiden Seiten in der Durcharfrage gewechselten Depeschen. Die betreffenden Kundgebungen werden als sehr bemerkenswerth bezeichnet. Bekanntlich war das Wiener Kabinet der Ansicht, die in Rede stehende Frage müsse als Bundesangelegenheit behandelt werden. Bei der Begründung seiner Ansicht hatte Oesterreich u. A. hervorgehoben: Gegenüber der Schweiz werde ein Bundesbeschluß, der jedes Hinderniß für das Vorgehen der preussischen Heeresmacht beseitige, nur von doppelt nachdrücklicher Wirkung sein. In der preussischen Erwiderung darauf soll bemerkt sein: Da Oesterreich überhaupt dem Vorgehen Preußens sich abgeneigt zeige, und eine Beschlusnahme im Sinne Preußens nicht befürworte, so könne folgerecht auch von dem Nachdruck der beabsichtigten Wirkung auf die Eidgenossenschaft nicht wohl die Rede sein.

Vom Bodensee, 11. Jan. Die Bodensee-Häfen zu Nordschach und Romanshorn sind noch nicht armirt und die Bodensee-Dampfschiffe bis zur Zeit nicht kriegerisch ausgerüstet. Tessiner Infanteriebataillone und Schützenkorps werden in den nächsten Tagen zu Nordschach erwartet.

Bern, 14. Jan. (Bundesversammlung.) Der Nationalrath (Zweite Kammer) wurde heute durch Hr. Dr. Escher mit einer Rede eröffnet, worin er in allgemeinen Zügen angab, was während der Vertagung in der Neuenburger Angelegenheit geschehen sei. Er äußerte die öffentliche Meinung sei in Bezug auf die Hauptsache, das Ziel (Unabhängigkeit Neuenburgs), vollständig einverstanden mit der Schweiz, dagegen erwarte sie, daß dieselbe in einer Nebenfrage (Freilassung der Gefangenen) nachgebe. Die Schweiz sei im Grunde von vorn herein dazu geneigt gewesen; es handle sich jetzt nur um Auffindung des besten Weges zum Ziele. Schließlich ermahnt der Redner die Versammlung zur Eintracht.

Darauf kam die Botschaft des Bundesraths (S. oben) zur Verlesung. Die Kommission des Nationalraths empfahl einstimmig die bundesrathlichen Anträge, jedoch mit folgender veränderter Motivirung: „Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft — nach Anhörung des Berichtes des Bundesrathes über den gegenwärtigen Stand der Neuenburger Angelegenheit vom 12. Januar 1857, — im Hinblick auf die sowohl der Abordnung des Bundesrathes an Sr. Maj. den Kaiser der Franzosen, als auch dem Bundesrathe selbst in verschiedener Weise gemachten Mittheilungen und Eröffnungen, welche eine beförderliche und abschließliche Erledigung der Neuenburger Angelegenheit im Sinne gänzlicher Unabhängigkeit Neuenburgs, nachdem vorher der wegen des Aufstandes in Neuenburg vom 2./3. Herbstmonat 1856 angeordnete Prozeß niedergeschlagen worden, in sichere Aussicht zu stellen geeignet sind, — in der Absicht, auch von Seite der Schweiz, so weit es ohne Gefährdung der Unabhängigkeit aller ihrer Glieder und ohne Beeinträchtigung ihrer Ehre geschehen kann, zur Aufrechterhaltung des Friedens in Europa beizutragen, — in Ausübung der Souveränität der Eidgenossenschaft — beschließt, u.“ Die Kommission wünschte sofortige Eröffnung der Diskussion, worüber es zu einer lebhaften Debatte kam. Der Nationalrath beschloß mit 49 gegen 33 Stimmen, die Diskussion auf morgen zu vertagen.

Den Ständerath (Erste Kammer) eröffnete Hr. Briatte ohne Rede. Nachdem die neu beständigen und neu eintretenden Mitglieder beidigt worden, ward beschlossen, die Neuenburger Angelegenheit an die früher aufgestellte Kommission zu weisen und sodann die Botschaft des Bundesrathes zu verlesen. Nach dem Schluß der Verlesung vertagte sich der Rath auf morgen Vormittag. — Die ständerathliche Kommission beantragt ebenfalls, Hr. Fazy ausgenommen, einstimmig die Annahme der bundesrathlichen Anträge.

Deutschland.

Vom badischen Mittelrhein, 15. Jan. Vor einigen Wochen ist in einheimischen Blättern, auch im „Schwäb. Merf.“, in Artikeln aus dem Großherzogthum mehrfach von der Nothwendigkeit einer Besserstellung der geringeren besoldeten Staatsdiener und Angestellten die Rede gewesen. Wie berichtet ward, sind hierwegen aus einigen Städten des Landes Gesuche eingelaufen. Auch würden deren wohl noch mehrere eingekommen sein, wäre man nicht von der großh. Regierung überzeugt, daß ihr der Nothstand nicht unbekannt sei und daß sie nach Kräften Hilfe gewähren oder doch vorbereiten werde, nicht, weil und wo gebeten würde, sondern weil und wo Hilfe in der That nothig und verdient ist. Ein festes Geldeinkommen ist allerdings jetzt nicht mehr, was es vor zwanzig oder dreißig Jahren war. Das seit Jahrhunderten wahrgenommene allmähliche Sinken des Geldwerths ist in neuester Zeit durch das bedauerliche Uebermaß von Papiergeld in Deutschland merkbar verstärkt worden. Dieses Uebermaß, eine wahre Landplage, trägt nicht wenig zur dormaligen Höhe der Preise aller Lebensbedürfnisse bei. Andere, hinreichend bekannte Umstände wirken, wenn auch nur vorübergehend, in gleicher Richtung. Darunter leiden vorzugsweise die Besoldeten, namentlich auch im Großherzogthum, wenn schon hier die Besoldungen meist noch etwas höher sind, als in den umliegenden Staaten. Bei Manchem der geringer Salairirten

bedarf es wahrlich aller Anstrengung und sind schmerzliche Entbehrungen unvermeidlich, will er — mitunter sogar mit zahlreicher Familie — ehrenhaft bestehen. Freilich ist es leichter, den Nothstand zu erkennen, als eine angemessene Abhilfe zu ermitteln. Gleichwohl ist, wie wir hören, von der großh. Regierung schon Rambahtes in dieser Richtung geschehen. Was innerhalb der Schranken des Budgets, da und dort unter zulässiger Verminderung der Dienststellen, zu ständigen oder mittelst Remunerationen zu vorübergehenden Aufbesserungen zu erörtern war, ist ohne Geräusch verwendet worden. Bezüglich der Diurnisten der Ministerien und Mittelstellen ist eine Einrichtung getroffen, welche die Lage der tüchtigsten und würdigsten unter ihnen, so weit möglich, verbessern wird. Darüber, bei welchen Kategorien der Staatsdiener und Angestellten, innerhalb welcher Grenzen und unter welchen Voraussetzungen eine ständige Erhöhung der Besoldungen und Gehaltsätze erforderlich sein dürfte und im Zusammenhalt mit den sonstigen Bedürfnissen des Staats und dessen Mitteln im nächsten Budget beantragt werden können, sollen eingehende Beratungen angeordnet sein. Sie werden darlegen, was fortan weiter nothig sei, um einen treuen, ehrenhaften, und freudig wirkenden Dienststand, wie wir uns seiner im Großherzogthum erfreuen, auch für die Zukunft zu erhalten.

Vom Bruchsal, 15. Jan. Der Heidelberger Fruchtmarkt vom 13. d. Mts. war ziemlich flau, und es wurden 24 Mtr. Kernen, 27 Mtr. Gerste, 15 Mtr. Spelz, und 47 Mtr. Hafer eingestellt. Im Ganzen wurden 479 Mtr. Früchte um 4221 fl. 47 kr. verkauft; die Preise gingen wieder, jedoch gegen den vorigen Fruchtmarkt kaum merklich, herunter. Lebhafter war der Markt in Bruchsal am 14. d. Mts., und es ging namentlich viele Frucht nach Speyer und ins Oberland. Die Preise fielen jedoch ebenfalls wieder. Der Markt in Bruchsal wird immer bedeutender. Es wird dort je nach Uebereinkunft der Beträgerpersonen auf Waas oder auf Gewicht verkauft, wobei jedoch verständige Käufer die letzte Kaufart vorziehen. Der Viktualienmarkt gibt den Käufern viele Wahl, und die meisten Artikel, besonders aber Kartoffeln, sind bei weitem wohlfeiler und theilweise auch gesünder, als anderwärts. Das Fleisch ist vorzüglich.

Unterhalb der Kinzig, 14. Jan. Wir erinnern uns, früher in diesen Blättern gelesen zu haben, daß die oberste evangelische Kirchenbehörde auf das vorjährige Reformatioensfest eine allgemeine Schiffsollekte für die evangelische Diaspora des Landes anordnete. Glaubwürdigen Mittheilungen zufolge sind wir in der Lage, nunmehr über die Verwendung dieser Kollekte, welche einen Reinertrag von 3800 fl. 49 kr. abwarf, die Nachricht zu geben, daß 3430 fl. in verschiedenen Beträgen an die neugegründeten evangelischen Gemeinden Durmersheim (180 fl.), Ettlingen (500 fl.), Bühl (250 fl.), Billingen (200 fl.), Stodach (1200 fl.), und Säckingen (1100 fl.) abgegeben wurden, und der Rest mit 370 fl. 49 kr. zu ähnlichen Verwendungen vorerst noch in Reserve blieb. Daß Derselbe unter den genannten Orten nicht erscheint, führt auf die Vermuthung, daß die bisherigen Versuche, auch dort einen wenigstens zeitweisen evangelischen Gottesdienst einzurichten, noch nicht stark genug waren, um das ihnen zu wünschende günstige Resultat zu erringen.

Freiburg, 14. Jan. (Freib. Ztg.) Vorigen Sonntag, 11. d., hat eine Generalversammlung der unter hiesigen Fabrikarbeitern bestehenden Kranken-, Alters-, und Sterbekasse stattgefunden. Dieser Verein, seit Januar 1851 bestehend, zählt gegenwärtig 170 Mitglieder, wovon die meisten Arbeiter in den hiesigen Fabriken, Andere aber theils bei der Eisenbahn, theils sonst in der Stadt beschäftigt sind. Jedes Mitglied zahlt einen wöchentlichen Beitrag von 6 Kreuzern, erhält aber im Falle der Erkrankung per Tag 36 kr., und es steht ihm frei, den vom Vereine angestellten Arzt zur unentgeltlichen Behandlung rufen zu lassen. Nach dem letzten Rechenschaftsbericht wurden im Jahr 1856 an 42 kranke Mitglieder 633 fl. ausbezahlt, und seit dem sechs-jährigen Bestehen des Vereins überhaupt an 268 Kranke über 3700 fl. Die Gesellschaft besitzt zur Zeit ein disponibles Vermögen von 750 fl., und bei der auf erfreuliche Weise unter der hiesigen arbeitenden Klasse sich steigenden Theilnahme ist jedenfalls auch für die Folge ein recht günstiges Resultat zu erwarten, und um so eher, als anzunehmen ist, daß die H. Fabrikanten, den guten Zweck im Auge habend, der Kasse auch fernerhin ihre Unterstüzungen werden zufließen lassen.

Von der Wutach, 13. Jan. Besonders Erhebliches weiß ich Ihnen nicht mitzutheilen. Um so mehr wissen die Schweizerblätter; da liest man viel über uns, wovon wir selbst nichts wissen. So sollen Grenzgemeinden unseres Landes gegen den Durchmarsch preussischer Truppen höhere Ortsvorstellungen gemacht haben, während doch allgemein die Schritte unserer schwäbischen Nachbarn mit unverkennbarer Entrüstung beurtheilt werden. Andere Gemeinden sollen um bessere Vergütung für Verpflegung etwaiger Einquartirung nachgesucht haben; letztere Angelegenheit betrifft lediglich einen längst vor dem preussisch-schweizerischen Konflikt in der Seegegend ausgesprochenen Wunsch auf andere Regulirung der Vergütung für Verpflegung durchmarschirender Truppen nach und von Hohenzollern. Endlich sollen sogar die Beamten an der Grenze Anstände erhoben haben u. s. w. Mit der Stimmung unserer Grenzbevölkerung ist die Schweizerpresse in der That nicht sehr vertraut. Möchten ihre Korrespondenten mit eigenen Ohren lauschen; es gibt manderlei Wahres zu hören, was drüben nicht gefallen wird, aber gleichwohl zum Nutzen und Frommen wäre. Es herrscht hier viel patriotischer Sinn, bei unseren Nachbarn aber gar viel Schein, und der Schein trägt und währt nur kurze Zeit. Mit manchen Prahlereien stimmt nicht des Auges Ausdruck und des Mundes Zug zusammen; Bangigkeit vor außen und Furcht vor Uebelthätigkeit im Innern, das sind Einträge, die wir von drüben mit uns nähmen. Man praht mit Anerbietungen französischer Generale, wie Cavaignac; wären

folche richtig, dann dürfte sich mancher derselben wieder verabschieden, wie der Sohn der Wildnis von seinen Genossen. Man spricht dem Einzelnen nicht den Muth ab; aber was wir an Vorbereitungen zu einem ernstlichen Kampfe schauen müssen, das sieht nicht gut aus. Wie Sturmvoegel drängten sich z. B. in Zürich unsere verunglückten Vaterlandsbeglückter auch herbei mit ihren Diensten, wurden aber als „unzuverlässige Leute“ zurückgewiesen; andern Orts mögen sie vielleicht willkommener gewesen sein; doch ist ihre Lage trostlos, längst trifft sie in den meisten ihrer Zufluchtsstätten schmachvolle Misachtung, und Viele denken mit Sehnsucht an die Heimath, und machen sich immer mehr mit dem Gedanken der Rückkehr und Abhülfe der Vergangenheit vertraut. Sichere Aussicht auf Erhaltung des Friedens, von der wir übrigens zur Zeit noch nichts wissen, drückt manchem Wehrmann drüben noch Kraftäußerungen und Kampfesmuth aus, und in Schaffhausen rüftet man sich heute zu einem dieser Tage stattfindenden Friedensballe!

Stuttgart, 15. Jan. Se. Maj. der König haben vermöge höchster Entschliessung vom 12. d. M. dem Hauptmann v. Peteruell im großh. badischen ersten Füsilierbataillon das Ritterkreuz Höchstihres Friedrichs-Ordens zu verleihen gerüht.

Vom Main, 11. Jan. schreibt man dem „Nürn. Corresp.“: In bundestäglichen Kreisen wird versichert, daß die vor etwa einem Jahre von mehreren Zeitungsredaktionen bei dem Bundestag eingereichte Eingabe um Schutz gegen den mißbräuchlichen Nachdruck telegraphischer Depeschen von der größeren Anzahl der Mitglieder der hohen Versammlung ungünstig beschieden worden sei. (Das war schon aus den Erklärungen zu entnehmen, welche, laut den veröffentlichten amtlichen Berichten, von verschiedenen Gesandten Namens ihrer Regierungen auf jene Eingabe in den Sitzungen der Bundesversammlung successive abgegeben worden sind.)

Darmstadt, 13. Jan. (Fr. P.-Ztg.) Der nun im Druck erschienene Entwurf des Finanzgesetzes schlägt eine Erhöhung der direkten Steuern vor, wodurch eine Mehreinnahme von etwa 428,000 fl. jährlich herbeigeführt werden würde. Außerdem soll hinsichtlich der Besteuerung des Weins und des Branntweins eine auf einen höhern Ertrag berechnete Modifikation eintreten. Es gilt die Deckung eines Defizits von jährlich 527,000 fl. nach Maßgabe des Budgets für 1857—1859, in welchem vorläufig die direkten Steuern nach dem seitherigen Ausschlage, und die indirekten Abgaben auf den Grund der bestehenden gesetzlichen Vorschriften veranschlagt seien. Diesen zwei Steuererhöhungen soll sich ein Anlehen von 1 Million Gulden anreihen.

Berlin, 13. Jan. Se. Kais. Hof. der Großfürstin Konstantin von Rußland traf gestern Morgen 5 1/2 Uhr hier ein und ist nach einem Besuch am kön. Hofe am Abend noch nach Hannover gereist. — Gestern Mittag waren die hier anwesenden katholischen Würdenträger, der Kardinal Fürst Schwarzenberg, der Fürst Erzbischof von Olmütz, und der Fürstbischof von Breslau, wieder zur kön. Tafel in Charlottenburg. — Im Palais des Prinzen von Preußen war vorgestern eine glänzende Soirée, auf welcher außer vielen hohen Militärs und andern Notabilitäten die genannten Prälaten ebenfalls anwesend waren. — Die „N. Pr. Ztg.“ widerlegt das Gerücht von dem nahe bevorstehenden Rücktritt des Polizeipräsidenten Frhrn. v. Zedlitz. — Nach Kopenhagener Berichten hätte das dänische Kabinet die beteiligten Regierungen ersucht, durch ihre Bevollmächtigten am 15. Febr. das Protokoll über Ablösung des Sundzolls zu unterzeichnen.

Wien, 12. Jan. (Allg. Ztg.) Sicherm Vernehmen nach führte Minister Brud in seinem Portefeuille auch das Gesetz über die Aufhebung des Bucherpatents von 1803 nach Italien mit sich. Alle Handels- und Gewerbetreibenden und Gerichtshöfe des Kaiserstaates haben einmüthig für die Aufhebung des unzeitgemäßen Patents gestimmt, und man darf mit Bestimmtheit voraussetzen, daß in kürzester Zeit der Zinsfuß in Oesterreich unter einigen Modalitäten freigegeben werden dürfte.

Wien, 13. Jan. Se. Maj. der Kaiser hat unterm 3. d. einem Verein von galizischen Gutsbesitzern und Kapitalisten die definitive Konzession zum Bau und Betriebe folgender Eisenbahnen verlichen: 1) von Lemberg nach Przemyß zum Anschluß an die galizische Kaiser Ferdinands-Nordbahn; 2) von Lemberg über Brody an die russische Grenze; 3) von Lemberg in direkter südlicher Richtung auf das rechte Dnieferufer, und sodann auf eben diesem Ufer über Czernowitz an die Grenze der Moldau; 4) von Przemyß auf das rechte Dnieferufer in Verbindung mit der Linie ad 3.

Frankreich.

Paris, 14. Jan. Die Erklärungen der Regierungsorgane über die Neuenburger Angelegenheit haben hier sehr überrascht, weil sie den bekannnen Nachrichten von Bern schnurstracks entgegen laufen. Nichtsdestoweniger hält man hier an den Friedenshoffnungen fest. — Großfürst Konstantin wird hier erwartet; er wird im Pavillon Marfan wohnen, wo bereits die nöthigen Vorbereitungen getroffen sind. — Feruk-Rhan, der persische Gesandte, der in Kürze hier eintreffen wird, führt ein Gefolge von 100 Personen mit sich. — Berger hat gegen das Urtheil der Anklagekammer, welches ihn vor die Seine-Müssen schickte, Appell eingelegt. — 3 % 67.90.

Marseille, 13. Jan. (Tel. Dep.) Der Umsatz in Früchten ist Null. Die Käufer erwarten in kurzem große Sendungen. — Im Königreich Neapel sind, wegen mangelnder Absatzquellen, große Getreidevorräthe zu niedrigen Preisen angekauft. Man hofft in Marseille, daß König Ferdinand deren Ausfuhr gestatten werde. — Feruk-Rhan ist hier angekommen.

Großbritannien.

London, 13. Jan. Verschiedene hiesige Kaufleute, die mit Ostindien und China in Verkehr stehen, haben sich, Angesichts der drohenden Verwicklung mit China, bewegen gefunden, ein Schreiben an Lord Clarendon zu richten, worin sie den Wunsch aussprechen, daß die Regierung auf den Abschluß eines Vertrags mit der chinesischen Regierung wirken möchte, wodurch der Hafen von Canton, unter näher festzusetzenden Bestimmungen, dem Handel geöffnet werde. Auf diese Eingabe erwiederte Lord Clarendon am 8. d., daß die Regierung den darin ausgesprochenen gerechten Forderungen ihre Aufmerksamkeit schenken und Betreffs des wünschenswerthen, neuabzuschließenden Vertrages fernere Rathschläge und Andeutungen des Vereins mit Bergnügen entgegennehmen werde. — Nach Berichten aus Canton vom 25. und aus Shanghai vom 26. v. M. war es vor Canton neuerdings zu Feindseligkeiten gekommen, an denen auch die Amerikaner sich beteiligten. Drei von Letzteren sollen von den Chinesen enthaupet und ihre Köpfe auf der Stadtmauer aufgespießt worden sein. Aller Verkehr war begreiflicher Weise unterbrochen, und Shanghai — so hieß es einem wenig beglaubigten Gerüchte nach — war von den Aufständischen angegriffen und genommen worden.

Rußland.

St. Petersburg, 6. Jan. Der heutige „Invalide“ entlehnt dem „Kaufhaus“ aus Tiflis vom 14. Dez. die Nachricht, der Oberbefehlshaber am Kaukasus, Fürst Wariatinski, habe von General Debu einen Bericht erhalten, dem zufolge am 10. Nov. 40 Mann von der nogaischen Miliz und von den transkaspischen Armeniern unter Führung des Majors Dubiag das Fort Kelabschinsk verließen, um sich zu dem Detachement zu begeben, welches ein Fort an dem in die kleine Loba sich ergießenden Fluß Schedof aufbaut. Vierhalb Werst vor dem Schedof wurden sie von einer Abtheilung von etwa 300 Tscherkesen angegriffen, die plötzlich aus dem Walde hervorkamen. Ein heftiges Gewehrfeuer entspann sich und bald hatten die Russen 25 Verwundete und 3 Tode eingebüßt. 15 Vertheidigten sich verzweifelt, bis 200 Kosaken aus dem Fort Schedof und 100 aus dem Fort Kaladshinsk zu ihrer Rettung herbeieilten und den Feind zum Rückzug zwangen. Dieser, bis nach dem Fluß Chods verfolgt, soll 20 Mann Tode eingebüßt haben, wovon jedoch nur 3 den Kosaken in die Hände fielen.

St. Petersburg, 10. Jan. Die russische Regierung hat bereits die Weisung ertheilt, daß die auf der Schlangensinsel stationirten Mannschaften (im Ganzen 1 Leutnant und 7 Matrosen) von da zurückberufen werden sollen.

Amerika.

Neu-York, 30. Dez. Die Kongreßverhandlungen sind unbedeutend. In Mississippi und Nord-Alabama dauert die Angst vor Sklavenaufständen, sowie die Verhaftung von Negern fort. — Der Dampfer „Texas“ ist mit 500 Walker'schen Soldnern von Neu-Orleans ausgefahren, aber der „Tennessee“ aus Neu-York, mit Verstärkungen für Walker an Bord, hatte einen Unfall und blieb in Norfolk liegen. — Berichte aus Costa-Rica und Nicaragua bestätigen, daß Walker's Lage kritisch sei und melden von bigigen Gefechten. 800 Mann Guatemalesen standen am 17. in Nicaragua. — Die Vereinigten Staaten haben mit Oesterreich einen Verbrecher-Austauschvertrag abgeschlossen. — Buchanan's Sieg wurde in San Francisco durch einen Fackelzug gefeiert.

Neueste Levantepost.

Marseille, 13. Jan. (T. Dep.) Hr. Willins erhielt durch den Telegraphen von London die Genehmigung seiner finanziellen Unterhandlungen mit der Pforte. Die neue Bank in Konstantinopel wird schon mit 8 Millionen in Wirksamkeit treten. — Die Nachrichten aus Griechenland sind vom 6. Jan.: Eine englische Gesellschaft erbot sich zur Ausführung eines Straßennetzes und einer Eisenbahn von Athen nach dem Piräus.

Vermischte Nachrichten.

P. Karlsruhe, 14. Jan. (Das großh. Hoftheater im Jahr 1856.) Die Direktion hat eine Uebersicht über die im großh. Hoftheater im vorigen Jahre gegebenen Vorstellungen veröffentlicht, der wir folgende, für das hiesige wie für das auswärtige Publikum interessante Thatsachen entnehmen. Im Ganzen wurden 164 Vorstellungen gegeben; 144 im Abonnement, 20 außer Abonnement. Davon fielen 42 auf die erste Gattung des Schauspiels, 39 auf die heitere, 47 auf die große Oper, 36 auf die heitere musikalische Gattung. Von den Vorstellungen außer Abonnement fielen 1 zum Benefiz der Mozartstiftung, 1 zum Besten der Stadtarmen, 1 Vorstellung für das Chorpersonal, 1 Konzert für den Orchester-Unterstützungsfond, 2 für den Pensionsfond, 1 zum Besten der Alter-Versorgungsanstalt für Theatermitglieder, 1 Konzert des Cäcilienvereins, 12 auf ausgezeichnete Gastspiele und kostspielige, erste Aufführungen. Abänderungen am Tage der Vorstellung kamen 8 vor. Das Schauspiel hielt 18 Lese- und 149 Theaterproben. Die Oper hielt 4 Lese-, 124 Klavier-, und 155 Theaterproben. Auf 81 Vorstellungen im Schauspiel kamen also 167 Proben, auf 83 in der Oper 281 Proben. In Schauspiel und Oper wurden also im Ganzen abgehalten 450 Proben.

Aus diesen einfachen statistischen Notizen wird sich von selbst der richtige Maßstab für die Beurtheilung der Thätigkeit des Theaterpersonals im Allgemeinen und des Direktors insbesondere ergeben. Die Kräfte des Ersteren sind im vollsten Maße in Anspruch genommen worden, aber nicht minder die des Letzteren, dem überdies noch die andern, in seinem Wirkungskreis einschlagenden Geschäfte oblagen. An dem ernstesten Bestreben, das Theater von Stufe zu Stufe auf die Höhe seiner künstlerischen Aufgaben zu erheben, hat es wahrlich nicht gefehlt, und an der Einsicht in die Mittel dazu eben so wenig; so konnte es nicht fehlen, daß auch Früchte dieses Bestrebens sichtbar wurden theils in den Fortschritten der Einzelnen, theils in dem, von Einem Geist durchwebten Zusammen-

spiel Aller, wodurch allein eine harmonische Wirkung auf den Zuschauer hervorgebracht wird. Abgesehen von den Leistungen in der leichtern Gattung des Drama's, hat sich jener, den Zuschauer von Anfang bis zu Ende begleitende, wohlthätige Eindruck eines geistdurchdrungenen Ensembles namentlich in den Götthe'schen und Lessing'schen Dramen gezeigt. Die Darstellungen der „Iphigenie auf Tauris“, des „Tasso“, der „Minna von Barnhelm“, „Nathan des Weisen“ u. A. waren in den meisten Beziehungen musterhaft, und diesen Stücken ein entschiedener Erfolg errungen, der um so höher anzuschlagen ist, als hier nicht durch die Machtentfaltung sinnberauschender Mittel auf momentane Effekte hingewirkt werden kann. Bei konsequentem Fortschreiten auf diesem Wege kann es nicht fehlen, daß das hiesige Theater mehr und mehr zu einer praktischen Schule wird, wo sich ein reiner und edler Styl in der dramatischen Darstellung entwickelt, und die Anmaßungen und Auswüchse eifriger Virtuosität und geistreichelader Manier, die nur sich und ihre Erfolge, nicht das Interesse der Kunst im Auge hat, fern gehalten werden. In einem und zwei und drei Jahren freilich ist dies Ziel zu erreichen nicht möglich; aber wenn auch das Publikum das Gras nicht wachsen sieht, so steht es doch, wenn es gewachsen ist, wie Lessing in seiner Dramaturgie sagt. Mit Theilnahme und Wohlwollen diese Bestrebungen zu begleiten, das ist die Rolle, die ihm zufällt und die nicht ohne Einfluß auf den schnelleren Fortschritt und das eifrige Streben selbst ist.

Karlsruhe, 15. Jan. Wir machen darauf aufmerksam, daß Schwarzburg-Sondershausen 1- und 5-Thaler-Scheine, sowie Cöthener 1- und 5-Thaler-Scheine vom 1. Juni 1848 mit dem 31. Dezember 1856 außer Gültigkeit gesetzt sind. Die Cöthener Bernburger 1- und 5-Thaler-Scheine vom 2. März 1846 waren schon am 1. Dezember 1856 verfallen. Schwarzburg-Rudolstadt 1- und 5-Thaler-Scheine vom Jahr 1848 gelten bereits seit dem Jahr 1850 nicht mehr, und Cöthener Bernburger 1- und 5-Thaler-Scheine vom 20. Febr. 1856 treten mit dem 1. April 1857 außer Zahlungskraft. Dessauer und Bernburger bleiben im Kurs.

Mannheim, 15. Jan. Auf dem am 13. d. M. hier abgehaltenen Viehmärkte wurden 5 Pferde und 76 Stück Rindvieh um die Summe von 7244 fl. verkauft.

München, 11. Jan. (N. Kor.) Seit acht Tagen sind Gerüchte von einem nahe bevorstehenden Rücktritt des k. Hoftheater-Intendanten Dr. Dingelstedt in Umlauf, Gerüchte, die bisher als unbegründet bezeichnet wurden und es allem Anschein nach bis jetzt auch waren. Was dagegen heute Abend in engeren Kreisen verlautet, läßt einen Wechsel in der Oberleitung des k. Hoftheaters als sehr wahrscheinlich erscheinen.

(Norddeutscher Lloyd.) Der preussische Verwaltungsrath dieses mit einem Kapital von 4 Mill. Thirn. (in Aktien zu 100 Thlr.) in Bremen errichteten Instituts hat so eben einen Prospektus erlassen. Der norddeutsche Lloyd beabsichtigt eine 14tägige Verbindung mit Neu-York durch Schraubendampfschiffe; er wird vorläufig 4 mal die Woche eine Dampfschiffabreise-Verbindung von der Weser nach England unterhalten, ferner den ganzen Verkehr auf der Weser, welcher vom 1. Jan. d. J. an von allen Schiffahrts-Jollen befreit ist, durch Dampfkraft regeln, eigene Schiffswerfte, eine Maschinenfabrik und Werkstätte errichten, endlich Fluß- und Seeversicherungen übernehmen. Die Bauezeit der größeren Schiffe wird sich voraussichtlich auf zwei Jahre erstrecken; während derselben soll das eingezahlte Kapital mit 5 Proz. verzinst werden.

Berlin, 11. Jan. Der Geh. Reg.-Rath Dr. Voeckh begehrt im nächsten März sein 50jähriges Doktorjubiläum. Derselbe promovirte 1807 in Heidelberg und kam bereits 1810 an die hiesige Universität, deren ältester Lehrer er jetzt ist, und nach dem Tode des Professors Weiß der einzige lebende Dozent, der ihr seit ihrer Gründung angehört.

Der „Verein deutscher Ingenieure“ wird im Kommissionsverlag von R. Gärtners zu Berlin eine Vereins-Zeitschrift herausgeben.

In Basel ist letzten Samstag Buchhändler Johann Georg Reutirch gestorben, der Gründer und während mehr als 25 Jahren auch Verleger der „Basler Zeitung“.

Paris, 14. Jan. Die Pilgerfahrten des Pariser Klerus nach der Kirche St.-Etienne-du-Mont (welche nach erfolgter Wiedereinweihung abermals in Schwarz gefüllt wurde) haben gestern begonnen. Zweimal täglich, Morgens um 10 Uhr und Abends um 4 Uhr, ziehen die verschiedenen Pfarreien der Hauptstadt in Prozession nach der Kirche, um dort, auf der Stelle des Verbrehens kniend, Busßsalmen zu singen.

Aus Manila, 4. Nov. schreibt man dem „Moniteur“: Am 27. Oktober hat ein furchterlicher Sturm, den man in diesen Gewässern unter dem Namen „Typhon der chinesischen Meere“ kennt, die Philippinen fast gänzlich verwüstet. Alle Vorstädte von Manila, 7 an der Zahl, sowie alle umliegenden Dörfer bieten ein schreckliches Bild der Zerstörung, wo man nur Ruinen und Trümmer sieht. In Manila allein wurden 3500 (meist Eingeborenen gehörige) Häuser zerstört, und in einem Umkreise von 8 Stunden sind, den offiziellen Berichten zufolge, an 10,000 Wohnhäuser verwüstet. Die Berichte aus den benachbarten Provinzen lauten nicht weniger traurig; die Ernten sind zerstört, die Fruchtbäume entwurzelt oder abgebrochen. Auf der Rebe von Manila wurden 6 fremde Fahrzeuge ans Land geschleudert, und mehrere Küstenfahrer sanken im Flusse. Dieser Sturm, der schreckliche aller Stürme, die je auf diesen Inseln wehten, begann um 12 Uhr Mittags und endete erst um 7 Uhr Abends. Das Entsetzen war allgemein; die Einwohner flohen nach allen Eiten, wobei die Schwachen von dem dahin brausenden Sturmwinde buchstäblich zermalmt wurden. Der Generalkapitän eröffnete sofort eine Subskription zu Gunsten dieser Menge obdach- und nahrungsloser Unglücklichen, unter welchen viele Krank- und Verwundete sind.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Perm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag, 16. Jan., 1. Quartal, 9. Abonnementsvorstellung. Eingetretener Hindernisse wegen statt des angekündigten Schauspiels „Ella Rose“: Auf dem Lande; Lustspiel in 4 Akten, von R. Benedix.

209. In der Joh. Chr. Hermann'schen Buchhandlung in Frankfurt a. M. ist erschienen, und von heute an statt für: **Thlr. 7. 15 Sgr. oder fl. 12 zum ermäßigten Preis von Thlr. 2 oder fl. 3. 30 fr.** durch alle Buchhandlungen zu beziehen und vorräthig in **Karlsruhe** in der **G. Braun'schen Hofbuchhandlung**, in Mannheim bei Köppler, in Heidelberg bei Dangel & Schmitt:

Die Werke Dr. Martin Luther's

ausgewählt und angeordnet von G. Pfizer.

Diese Pracht-Ausgabe in Lexikonformat, mit Luthers Baste in Stahlstich, broschirt in einem Bande, XVIII Bortete und 1580 Seiten Text, ist eingeleitet mit einer Skizze von Luthers Leben und Persönlichkeit und enthält in acht Abteilungen ein treues und frisches Bild von dem Wirken Luthers als tief überzeugten frommen und eifrigen Christen, als heldenmüthigen Reformator der Kirche, als Verfechter der christlichen Freiheit und Glaubensreinheit, als gewaltigen Lehrer und Propheten der deutschen Nation und als gemüthvollen, patriotischen, redlichen Deutschen.

542. Im Verlage von Friedrich Vieweg und Sohn in Braunschweig ist erschienen und in **Karlsruhe** zu haben:

Geräthe und Maschinen Englands.

Ein Handbuch der landwirthschaftlichen Mechanik und Maschinenkunde, mit einer Schilderung der brittischen Agricultur.

Von **Dr. Wilhelm Hamm**,
Redakteur der agronomischen Zeitung.

Zweite, gänzlich umgearbeitete und bedeutend vermehrte Auflage.

Mit 700 in den Text eingedruckten Holzschnitten.

gr. 8. Fein Velinpapier. Geb. In Lieferungen. Preis jeder Lieferung 54 fr.

495. Nr. 369. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Das großh. bad. Lotterie-Anlehen von fünf Millionen Gulden vom Jahr 1840

betreffend.

Die erste Serienziehung zur 21. Gewinnziehung des Lotterie-Anlehens vom Jahr 1840 gegen 50-fl.-Loose wird planmäßig

Montag, den 2. Februar 1857,
Nachmittags 3 Uhr,

im landhändlichen Gebäude dahier öffentlich vorgenommen werden.

Karlsruhe, den 15. Januar 1857.
Großh. bad. Amortisationskass.

532. **Gesuch.**

Ein geschickter, junger Mann, welcher in dem Eisenhandlungsgeschäft gründlich erfahren, sowie mit dem Comptoir-Arbeiten und Buchführung wohl vertraut ist, wird zu engagiren gesucht. Näheres bei der Expedition dieser Zeitung.

Offene Stelle.

524. Ein Frauenzimmer von guter Familie und guten Zeugnissen, welches im Detail-Verlauf genügende Erfahrung besitzt, findet in einem geschickten Baarenhandlungsgeschäft eine gute, dauernde Stelle. Der Eintritt kann sogleich geschehen.

Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Unterbringung eines Lehrlings.

Man wünscht einen jungen, gestifteten, zuverlässigen Menschen in einer Tabak- (Cigarren-) Fabrik zur Erlernung des Cigarrenmachens, oder überhaupt bei einem tüchtigen Cigarrenmacher als Lehrling unentgeltlich unterzubringen, wo demselben nebst dem noch Kost und Wohnung vom betr. Fabrikherrn oder resp. Meister verabreicht würde. Bemerkung wird, daß derselbe bereits 17 Jahre alt ist, und dem betr. Lehrherrn in kurzer Zeit von entschiedenem Vortheil sein würde. Gefällige Offerten nimmt die Expedition der Karlsruher Zeitung entgegen. 523.

Apotheker-Lehrlingsstelle

520. Eine
ist auf Otern mit einem gebildeten, jungen Manne in einer Apotheke des Unterlandes freies zu besetzen. Wo? bei der Expedition der Karlsruher Zeitung zu erfragen.

(Stellengesuch.) Ein junger Mann,

welcher seine Lehre in einem größeren Spezerei- und Farbwaaren-Geschäft beendeten, wünscht in einem ähnlichen Geschäft eine Stelle als Commis zu erhalten. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

506. Oberndorf.

Tüchtige Buchsenmachergesellen

finden in hiesiger Gewehrfabrik bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung.
Den 13. Januar 1857.
Königl. württemb. Gewehrfabrik-Verwaltung.
Zobel.

460. Ein

Wundarznei-Gehilfe,

welcher vorzüglich im Rasiren ist, kann sogleich in eine ausgehende Kondition treten.

Auskunft ertheilt die Expedition der Karlsruher Zeitung.

530. Wiesloch.

Jagdverpachtung.

Samstag, den 24. v. M.,
Nachmittags 2 Uhr, wird
auf dem Rathhause die Aus-
übung der Jagd hiesiger Ge-
mainschaft, welche einschließlich von ca. 600 Morgen
Wald über 3400 Morgen groß ist, auf die Dauer von
drei Jahren verpachtet, wozu die Sp. Jagdliebhaber
hiermit eingeladen werden.
Wiesloch, den 14. Januar 1857.
Das Bürgermeisteramt.
K e h. vdt. Büchler.

488. Zittersbach.

Holzversteigerung.

In dem Gemeinewald dahier werden bis
Montag, den 26. v. M.,
140 Stüd eigene Klotze, theils zu Holländer-, Nuss-
und Buchholz sich eignend, öffentlich versteigert.
Die Zusammenkunft ist Morgens 9 Uhr beim hiesigen
Rathhause, wozu die Liebhaber eingeladen werden.
Zittersbach, den 9. Januar 1857.
Bürgermeisteramt.
K a p p l e r.
vdt. Zinter, Rathschrb.

505. Rheinsheim.

Holzversteigerung.

Die Gemeinde Rheinsheim läßt

auf Montag, den 26. v. M.,
Morgens 9 Uhr,

im Distrikt Grinwald, Abtheilung IV. VII.:

- 1) 62 Stämme Eichen,
- 2) 25 " Ahnen,
- 3) 16 " Buchen,
- 4) 24 Stüd Schifferbänke,

welche sich besonders zu Holländer-, Bau- und Nussholz eignen, öffentlich gegen baare Zahlung versteigern.

Die Zusammenkunft ist am gedachten Tag und Stunde bei der Lieberfahrt am Durchstich Nr. 1.

Rheinsheim, den 12. Januar 1857.
Das Bürgermeisteramt.
K a u.

vdt. Derberger.

527. Winterdorf, Oberamt
Rastatt.

Holländereichen-Versteigerung.

Die Gemeinde Winterdorf läßt am Montag,

den 26. v. Mts., Vormittags, aus ihrem Gemeinewald

Oberwald 41 Stämme gefällte Holländereichen öffentlich

versteigern.

Die Zusammenkunft ist am genannten Tage Morgens

9 Uhr auf dem Rathhause dahier, von wo aus man sich in den Wald begeben wird.

Winterdorf, den 14. Januar 1857.
Bürgermeisteramt.
K r e i s e r.

vdt. Stabel, Rathschrb.

492. Nr. 6. Sutteneim.

Stammholzversteigerung.

Die Gemeinde Sutteneim versteigert in ihrem Gemeinewald,

Distrikt Höcher, Abtheilung III., Schlag 18, bis

Dienstag, den 27. Januar l. J.:

28 Stämme Eichen, Holländer, 4 Stämme Buchen und 19 Stämme

Ahnen, welche sich zu Bau- und Nussholz eignen;

wozu man die Steigerungsliebhaber einlädt.

Die Zusammenkunft ist Vormittags 9 Uhr auf dem Schlag an der Straße gegen Rheinsheim,

Sutteneim, am 12. Januar 1857.
Das Bürgermeisteramt.
B a r t h.

vdt. Weid, Rathschrb.

490. Nr. 20. Langensiebach. (Holzversteigerung.)

Aus Domänenwaldungen die-

seitsigen Forstbezirks werden in dem auf Langensiebach

Genantung liegenden Distr. Köpferwald bis Dienstag,

den 27. v. M., 73 Stämme Eichen, zu Holländer-, Bau- und Nussholz tauglich, versteigert.

Die Zusammenkunft ist Morgens 9 Uhr in Langensiebach,

von wo aus man sich in den Holzschlag begeben wird.

Langensiebach, den 12. Januar 1857.
Großh. bad. Bezirksforst.

K ö p f e r.

517. Nr. 24. Neufreieit. (Holzversteigerung.)

Auf der Ausschlagungsfläche im Domänenwald Galling wird man die nachverzeichneten Holzsortimente

versteigern.

Donnerstag, den 29. u. Freitag, den 30. v. M.:

35 Stüd eigene Holländereichen, meistens vorzügliche

Krämer,

124 Stüd eigene Bau- und Bagnersämme,

44 Stüd pappelne und 7 Stüd Kastanien-Nussholzklöße,

200 Stüd Nussbänke, von denen viele zu Artillerie-Konstruktion

brauchbar sind, 132 Stüd kleinere und größere eigene Schiffskrämer,

1¹/₂ Klafter eigene Nussholzplättel und 19,000 Stüd

Flochwien.

Dienstag, den 3. Februar:

296¹/₂ Klafter eigenes, ruhendes, pappelnes und erlesenes

Schleier- und Prügelholz.

Mittwoch, den 4. Februar:

19,812 Stüd eigene, ruhende u. pappelne Wellen, 4

Loose Schlagraum und 44 Stüd verkehrbare Kessel-

und Bierweischämme.

Die Zusammenkunft ist jeweils Vormittags 10 Uhr auf der

Ausschlagungsfläche.

Neufreieit, den 12. Januar 1857.
Großh. bad. Bezirksforst Rheinsiebach.

Z a d e l m a n n.

500. Speyer.

Stammholz-Versteigerung

aus Staatswaldungen des k. Forstamtes Speyer.

Mittwoch, den 28. Januar 1857, Morgens 9

Uhr, auf dem Gemeinewald zu Korbheim, Kreis

Korbheim.

Schläge: Distr. Korbheim, Abth. Dremus.

100 eigene Schiffbau- und Nussholzklämme, und

Abtheilung I., II., III. und IV. Klasse, darunter

von 24 bis 40 Zoll Durchmesser,

231 eigene Schiffstärken von verschiedenen Dimensionen,

6 ruhende Nussholzklämme,

9 ruhende Nussholzklämme von 26 bis 30 Zoll Durchmesser,

100 do. Gerüst- und Nussholzklämme.

Unter dem ersten Sortiment befinden sich auch

Stämme und Abtheilung zu Wellbäumen, Delpreßen,

Hau- und Schmiedelöze, und sämtliche Stammholz

größtentheils außerhalb des Rheinamtes

— daher zunächst des Rheinamtes gelegen.

Speyer, den 14. Januar 1857.
Königl. Forstamt.
M a r t i n.

518. Karlsruhe.

Affordbegebung.

In Folge der Genehmigung großherzoglicher Hof-

domänenkammer vom 3. Nov. vor. Jahres, Nr. 11841,

soll die Abänderung des Dachwerkes auf der Nordseite

der Schlosskirche in Hirschheim im Wege der Soumission

eingereicht in Afford gegeben werden.

Die Arbeiten betragen:

Maurerarbeit 412 fl. 23 fr.

Zimmerarbeit 319 fl. 36 fr.

Steinbauarbeit 1148 fl. 59 fr.

Blechnarbeit 247 fl. 20 fr.

Schieferarbeit 197 fl. 8 fr.

Schloßarbeit 39 fl. 59 fr.

Länderarbeit 56 fl. 21 fr.

Glasarbeit 64 fl. 3 fr.

2485 fl. 49 fr.

Pläne, Kostenberechnung und Affordbedingungen

sind auf der Kanzlei großh. Domänenverwaltung

Hirschheim bis zum 3. Februar d. J. einzusehen, und

es werden die betreffenden Handwerksleute eingeladen,

bis zu diesem Tage Abends 4 Uhr ihre Angebote ver-

segelt dahin einzubringen, und der am Mittwoch, den

4. Febr., stattfindenden Eröffnung derselben anzu-

wohnen.

Karlsruhe, den 13. Januar 1857.
Großh. bad. Bezirks-Bauinspektion.

E. K u e n p l e.

450. Karlsruhe.

Affordbegebung.

Nach Genehmigung großh. Hofdomänenkammer soll

der äußere Anstrich des Domänenverwaltungs-Gebäudes

und des Brunnenbarnes in Durlach im Wege öffentlicher

Versteigerung in Afford gegeben werden.

Die betreffenden Handwerksleute, als Maurer, Tüncher,

Schreiner- und Schlossermeister, werden eingeladen,

die Kostenberechnungen bei großh. Domänenverwaltung

Durlach einzusehen, und bei der anberaumten

Tagfahrt Mittwoch, den 21. v. M., Morgens 9¹/₂ Uhr,

auf dem Bureau letztgenannter Stelle zu erscheinen.

Karlsruhe, den 13. Januar 1857.
Großh. bad. Bezirks-Bauinspektion.

E. K u e n p l e.

477. Karlsruhe.

Affordbegebung.

Nach Genehmigung großh. Hofinspektion soll die

Herstellung eines Schieferdaches auf das Brücken-

Wachgebäude bei dem Zollhaus auf Maximiliansau

bei Kienlingen im Wege einzureichender Soumissionen

in Afford gegeben werden. Die Pläne, Kostenberechnung

und Affordbedingungen wollen von den betreffenden

Zimmermeistern und Schieferdeckern auf dem

seitigen Bureau einzusehen werden, und sind die

Angebote längstens bis zum Donnerstag, den 22. v. M.,

dahier einzubringen.

Karlsruhe, den 13. Januar 1857.
Großh. bad. Bezirks-Bauinspektion.

E. K u e n p l e.

496. Nr. 341. Durlach. (Bekanntmachung.)

Wird der mittelft dieser Verfügung vom 6. November

1852, Nr. 29,327, über das Vermögen des Karl

Büßinger alt von Karlsruhe gerichtlich erkannte

Beschlag wieder aufgehoben.

Durlach, den 5. Januar 1857.
Großh. bad. Oberamt.

G a u p p.

vdt. Hattich, A. I.

501. Nr. 531. Wiesloch. (Bekanntmachung.)

Die Erben des Andreas Rachei von Wiesloch haben

auf die Erbschaft verzichtet, und dessen Wittwe

um Einweisung in den Besitz und die Gewährung

seiner Verlassenschaft gebeten. Einmalige näher

Verpflichtung haben ihre Ansprüche binnen 4 Wochen

daher geltend zu machen, widrigenfalls dem Besuche

stattgegeben würde. Wiesloch, den 13. Januar 1857.
Großh. bad. Bezirksamt. P a u r y.

454. Nr. 499. Schwetzingen. (Affordbegebung.)

Luwig Döder von Reilingen reiste im Jahr 1847

nach Amerika. Seit 5 Jahren gab er keine

Nachricht von sich. Er wird aufgefordert, anher

Nachricht von sich zu geben. Nach Verlauf von Jahresfrist

würde er für verstorben erklärt und sein Vermögen

den Anspruchsberechtigten in fürsorglicher Weise

zugewiesen werden. Schwetzingen, den 10. Januar 1857.
Großh. bad. Bezirksamt. W a a g.

Frankfurter Börsenzettel nach dem Kursblatt des Wechselmakler-Syndikats. Mittwoch, 14. Jan.

Staatspapiere.

Per comptant.

G. Hss. 4¹/₂% Obligat. 102 P.

" 4¹/₂% do. bei Roths. 99 P.

" 3¹/₂% do. dito 91 P. 90¹/₂ G.

Nass. 4¹/₂% Obl. bei Roths. 98¹/₂ G.

Frkf. 3¹/₂% Obl. dito 90¹/₂ G.

3¹/₂% Obligat. 91¹/₂ P.

ditto 82¹/₂ G.

Russl. 4¹/₂% i. R. fl. 2 b. H.

" 4¹/₂% " " b. St.

Polen. 4¹/₂% fl. 500 Partiale

Span. 3¹/₂% inkl. Schuld 37¹/₂ bez.

" 1¹/₂% dito 23¹/₂ P.

Port. 3^{1</}